

# Osteuropa kompakt



## Inhalt

Deutsche Übersetzung .....	2
Litauen .....	2
• Nachweis über erzieltetes Einkommen und gezahlte Steuern in Litauen (Formular FR0023 (DAS-03)) .....	2
Polen.....	2
• Neue Umsatzsteuerregelungen gelten ab dem 1. April 2011 und dem 1. Januar 2012 in Polen.....	2
Rumänien.....	4
• Neues Arbeitsgesetz soll im Mai in Kraft treten.....	4
• Normen für die Prüfung des Steuerstatus steuerpflichtiger Einzelpersonen.....	4
Russland.....	5
• Die russische Duma verabschiedet ein neues Gesetz „Über die Lizenzierung einzelner Tätigkeitsarten“ .....	5
• Neuer Refinanzierungssatz.....	5
Slowenien .....	6
• Gesetz zur Vermeidung von Zahlungsrückständen und Änderungen zum Umsatzsteuergesetz .....	6
Tschechien.....	7
• Änderungen des Gesetzes über Doppelfunktionen.....	7
Ukraine.....	8
• Geänderte Vorgehensweise der Behörden während einer Steuerprüfung – Sachbezüge.....	8
Ungarn .....	9
• Körperschaftsteuererklärung zum Jahresende – Quellensteuer.....	9
Englische Übersetzung .....	10
Lithuania .....	10
• Regarding Certificate of Income Received and Taxes Paid in the Republic of Lithuania (Form FR0023 (DAS-03)) .....	10
Poland .....	10
Romania .....	11
• New Labour Code to come into force in May .....	11
• Norms for verifying the tax status of individual taxpayers.....	12
Russia .....	13
• The Russian Duma adopted a new law “On licensing of individual types of activities” .....	13
• New refinancing rate .....	13
Slovenia .....	13
• Act on prevention of late payments and amendments to VAT Act.....	13
Czech Republic.....	14
• Amendment to the law on concurrence of functions .....	14

Ukraine.....	15
• Change in authorities approach during tax audits – benefits in kind .....	15
• Setting up business to become simpler .....	15
Hungary.....	15
• Year-end corporate income tax return – withholding tax .....	15
Ihre Ansprechpartner .....	17
Bestellung und Abbestellung .....	17

## Deutsche Übersetzung

### Litauen

#### **Nachweis über erzielttes Einkommen und gezahlte Steuern in Litauen (Formular FRO023 (DAS-03))**

Am 30. März 2011 erklärten die Steuerbehörden im Schreiben Nr. (32.19-PM)-RM-291, dass sie zur Vermeidung einer Doppelbesteuerung Ansässigen aus dem Ausland den Nachweis über erzielttes Einkommen und gezahlte Steuern in Litauen – Formular FRO023 (DAS-03) ausstellen können.

Die Erklärung beschreibt eine Situation, in der ein Unternehmen in Litauen TV-Sendungen eines in Russland Ansässigen wiederholt und Lizenzgebühren an den Agenten eines russischen Unternehmens in Estland zahlt.

Zur Vermeidung der Doppelbesteuerung kann der in Russland Ansässige das Formular FRO023 (DAS-3) bei den Steuerbehörden beantragen. Auf diesem Formular sollte dann stehen, dass der in Russland Ansässige Empfänger von Lizenzgebühren, gezahlt an den Agenten in Estland, ist.

Ihre Ansprechpartnerin vor Ort:

Kristina Krisciunaite-Bartuseviciene, Telefon: +370 5 239-2300

### Polen

#### **Neue Umsatzsteuerregelungen gelten ab dem 1. April 2011 und dem 1. Januar 2012 in Polen**

Die wichtigsten Änderungen betreffen:

##### **1. Verpflichtende Steuerschuldumkehr für nicht ansässige Unternehmen**

- **Warenversorgung:** Die obligatorische Umkehr der Steuerschuldnerschaft wird auf die inländische Warenversorgung durch einen Steuerpflichtigen ohne Sitz oder feste Niederlassung in Polen an einen Käufer, der steuerpflichtig ist und einen Sitz oder eine feste Niederlassung in Polen hat (oder der Käufer ist eine juristische Person mit Sitz in Polen und somit nicht steuerpflichtig) angewendet.
- **Dienstleistungsversorgung:** In dem neuen Umsatzsteuersystem muss der Käufer, sofern Dienstleistungen von einem Steuerpflichtigen ohne Sitz oder feste Niederlassung in Polen bereitgestellt werden und der Ort der Besteuerung Polen ist, die Steuerschuldumkehr anwenden, auch wenn er selbst keinen Sitz bzw. feste Niederlassung in Polen hat.

Das oben genannte System wird nur nicht auf bereitgestellte Dienstleistungen bezüglich Immobilien durch den in Polen umsatzsteuerangemeldeten Steuerpflichtigen angewendet. Für diesen Fall ist der Verkäufer dafür verantwortlich, dass die polnische

Umsatzsteuer auf der Rechnung steht und die oben genannten Dienstleistungen dokumentiert sind.

## **2. Unentgeltliche Veräußerung/private Nutzung von Waren**

Eine unentgeltliche Veräußerung/private Nutzung von Waren, die zum Geschäft des Steuerpflichtigen gehören, stellt in aller Regel eine umsatzsteuerpflichtige Bereitstellung in Polen dar, falls die angefallene Vorsteuer für den Erwerb dieser Waren ganz oder teilweise absetzbar war. Die oben genannte Regel trifft allerdings nicht auf gedruckte Werbematerialien, Proben oder Geschenke von geringem Wert zu – solch eine Warenveräußerung wird weiterhin nicht als steuerpflichtige Warenversorgung behandelt.

Zurzeit stellt eine solche Veräußerung/Nutzung von Waren keine allgemeine steuerpflichtige Warenversorgung dar, falls die Bereitstellung zum Zwecke des Geschäfts des Steuerpflichtigen erfolgt.

## **3. Unentgeltliche Dienstleistungsversorgung**

Eine unentgeltliche Dienstleistungsversorgung wird in folgenden Fällen als entgeltliche Dienstleistungsversorgung behandelt (somit steuerpflichtig):

- wenn die Waren, die zum Geschäftsvermögen des Steuerpflichtigen gehören, für andere Zwecke als für das Geschäft des Steuerpflichtigen benutzt werden (eingeschlossen ist die private Nutzung durch den Steuerpflichtigen, seines Personals, seiner Anteilseigner), falls die auf diese Waren angefallene Vorsteuer ganz oder teilweise absetzbar war
- wenn der Steuerpflichtige unentgeltliche Dienstleistungen für die private Nutzung zum Beispiel durch ihn selbst, sein Personal, seine Anteilseigner erbringt sowie alle anderen unentgeltlichen Dienstleistungsversorgungen für andere Zwecke als für das Geschäft des Steuerpflichtigen

## **4. Wareneinfuhr – keine finanzielle Sicherheit erforderlich**

Die polnischen Umsatzsteuerbestimmungen sorgen für eine Vereinfachung der Wareneinfuhr, was bedeutet, dass der Importeur keine Einfuhrumsatzsteuer zahlen muss (er muss in derselben Umsatzsteuererklärung die Umsatzsteuer und Vorsteuer ausweisen und absetzen). Eine Bedingung jedoch war das Abgeben einer finanziellen Sicherheit an die Zollbehörden, die dem in der Theorie zu zahlenden Einfuhrumsatzsteuerbetrag entspricht. Nach den neuen Umsatzsteuerbestimmungen ist die finanzielle Sicherheit nicht mehr erforderlich.

## **5. Beschränkung des Rechts auf Absetzbarkeit der Einfuhrumsatzsteuer**

Der Vorsteuerabzug wird auf Grundlage der Rechnung, welche Einfuhrumsatzsteuer aufweist, untersagt. Auf der Rechnung soll kein Steuerausweis erfolgen (z. B. im Fall von Dienstleistungen, die der Steuerschuldumkehr in anderen EU-Staaten als Polen unterliegen).

## **6. Neue Regelungen zur anteilmäßigen Absetzung**

Wenn der Anteil laut den neuen Regelungen:

- 98 Prozent übersteigt und der Betrag der Vorsteuer, der nicht abgesetzt werden kann, unter 500 PLN (ca. 127,16 EUR) liegt, darf der Steuerpflichtige einen Anteil von 100 Prozent annehmen.
- 2 Prozent nicht übersteigt, darf der Steuerpflichtige einen Anteil von 0 Prozent annehmen.

Bitte beachten Sie, dass die aktuellen Umsatzsteuerregelungen die Absetzbarkeit ausschließen, falls der Anteil geringer als 2 Prozent ist. Die obige Änderung bedeutet, dass eine größere Gruppe Steuerpflichtiger möglicherweise gezwungen ist, Anteile zu berechnen.

Ihre Ansprechpartner vor Ort:

Malgorzata Jablonska, Telefon: +48 71 356-1195

Tomasz Wolczek, Telefon: +48 71 356-1182

## Rumänien

### *Neues Arbeitsgesetz soll im Mai in Kraft treten*

Ergänzungen des Arbeitsgesetzes wurden am 31. März 2011 veröffentlicht. Die wichtigsten Änderungen beinhalten:

#### **1. Abschluss und Unterzeichnung von Arbeitsverträgen**

- Für den gültigen Abschluss eines Arbeitsvertrags ist die Schriftform verbindlich.
- Der Arbeitgeber ist dem Arbeitnehmer gegenüber zur Aushändigung des Arbeitsvertrags vor dem Beginn der Tätigkeit verpflichtet.

#### **2. Beurteilung der Arbeitnehmerleistung**

- Der Arbeitgeber hat das Recht, individuelle Zielvorgaben und Beurteilungskriterien bezüglich der Erfüllung dieser Ziele in den Arbeitsvertrag mit aufzunehmen.
- Die Kriterien und der Ablauf der fachgerechten Beurteilung der Arbeitnehmer sind in die Geschäftsordnung aufzunehmen und sollten die Hauptkriterien im Falle von wirtschaftsbedingten Entlassungen sein.

#### **3. Verpflichtungen**

- Entschädigungen für Schäden, die durch Arbeitnehmer verursacht wurden, kann der Arbeitgeber mit der Zustimmung des Arbeitnehmers von dessen Gehalt einbehalten. Diese Entschädigungen dürfen aber nicht die Grenze von fünf nationalen Mindestbruttomonatsgehältern überschreiten.
- Personen, die ohne Arbeitsvertrag arbeiten, riskieren eine Bußgeldstrafe.
- Das Beschäftigen von mehr als fünf Arbeitern ohne Arbeitsvertrag und das wiederholte Berechnen von Löhnen unter dem national garantierten Mindestlohn stellen strafrechtliche Verstöße dar.

Die neuen Bestimmungen traten am 1. Mai 2011 in Kraft.

### *Normen für die Prüfung des Steuerstatus steuerpflichtiger Einzelpersonen*

Im Amtsblatt wurden die Normen bezüglich des Antrags von Steuerbescheiden indirekter Steuern für Einzelpersonen, die verdächtigt werden, nicht ihr sämtliches steuerpflichtiges Einkommen angegeben zu haben, veröffentlicht.

Änderungen des Steuergesetzes erlauben den Finanzbehörden eine Anpassung des steuerpflichtigen Einkommens von Einzelpersonen, wenn nach einer Steuerprüfung eine erhebliche Abweichung von mindestens 10 Prozent, aber nicht weniger als 50.000 RON (ca. 12.166,80 Euro), zwischen dem vom Steuerpflichtigen angegebenen Einkommen und seiner wahren Finanzlage vorliegt. Im Folgenden finden Sie einige der Normen, welche zusammen mit weiteren Details jetzt veröffentlicht wurden.

- Um den wahren Steuerstatus von Einzelpersonen festzustellen, können die Finanzbehörden durch folgende indirekte Bewertungsmethoden feststellen, ob es nicht angegebenes Einkommen gibt:
  - Herkunft-Aufwendungen-Methode: Vergleich der Erträge mit den erklärten Aufwendungen innerhalb des zu untersuchenden Zeitraums
  - Cashflowmethode: Analyse der Geldbewegungen (Bankkonten oder Bargeld) und ihre Verbindung mit den Einkommensquellen und deren Verwendung
  - Wurzel-Methode: Festsetzung angepasster Steuerbemessungsgrundlagen durch Analyse des Wachstums/Rückgangs des Reinvermögens
- Die Finanzbehörden können die indirekten Bewertungsmethoden abhängig von den Ergebnissen, der Herkunft der Informationen und den erlangten Dokumenten einzeln oder kombiniert nutzen.
- Der zu prüfende Zeitraum kann sämtliche Zeiträume beinhalten, für die die Verjährungsfrist des Einsichtsrechts noch nicht abgelaufen ist.
- Die Prüfung der Einzelpersonen erfolgt in zwei Schritten:
  - vorausgehende aktenmäßige Steuerprüfung: ohne Benachrichtigung der Einzelpersonen

- Steuerprüfung: mit der Beteiligung/Kooperation der geprüften Einzelpersonen
- Vor dem ersten Schritt werden die Finanzbehörden eine Risikoanalyse zur Identifizierung einer Gruppe von Einzelpersonen oder besonderen Fällen, bei denen ein höheres Risiko von falsch angegebenem Einkommen besteht, durchführen.
- Normen zur Durchführung einer Risikoanalyse werden innerhalb von 15 Tagen nach Inkrafttreten der Entscheidung veröffentlicht.
- Die Dauer der Steuerprüfung ist durch die Finanzbehörden festgelegt und kann nicht länger als drei Monate betragen.
- Falls die Finanzbehörden während der Prüfung Hinweise auf kriminelle Tätigkeiten finden, können sie sich, wie im Strafrecht vorgesehen, an die Strafverfolgungsbehörden wenden.
- Die Finanzbehörden können sich zu einer erneuten Prüfung eines Zeitraums entscheiden, falls zusätzliche, zum Zeitpunkt der Prüfung unbekannt, Daten ans Tageslicht kommen.
- Die Regierungsentscheidung besagt außerdem, dass innerhalb von 30 Tagen nach Veröffentlichung der Entscheidung, folgende Dokumente anerkannt werden:
  - Charta der Rechte und Verpflichtungen von Einzelpersonen, die der Steuerprüfung unterliegen
  - Vorlagen von Formularen für die Steuerprüfung und die vorausgehende aktenmäßige Steuerprüfung

Ihr Ansprechpartner vor Ort:  
Alex Massaci, Telefon: +40 21 202-8658

## Russland

### **Die russische Duma verabschiedet ein neues Gesetz „Über die Lizenzierung einzelner Tätigkeitsarten“**

Die russische Staatsduma hat das neue Gesetz N99-FZ „Über die Lizenzierung einzelner Tätigkeitsarten“ verabschiedet. Das neue Lizenzierungsgesetz streicht insgesamt 17 Tätigkeitsarten von der Liste der lizenzpflichtigen Geschäftstätigkeiten, sodass insgesamt nur noch 49 Tätigkeitsarten der Lizenzierungspflicht unterliegen. Die abgeschafften Lizenzierungspflichten betreffen insbesondere die folgenden Tätigkeitsgebiete:

- Nutzung von Atomenergie
- Herstellung und Verkauf von Ethanol, Alkoholika und Spirituosen
- Tätigkeiten von Kreditinstituten und von Investment- und Pensionsfonds
- Professionelle Tätigkeiten am Wertpapiermarkt und Börsentätigkeiten
- Clearing
- Versicherungswesen

Die Tätigkeit in den oben genannten Bereichen wird mit Hilfe anderer Regulierungsmethoden, wie z. B. Akkreditierung, Attestierung von Fachkräften, Kontrolle und Überwachung der Einhaltung technischer Richtlinien, in den Spezialgesetzen geregelt. Darüber hinaus wird nunmehr eine unbefristete Geltungsdauer von Lizenzen eingeführt. Nach alter Rechtslage betrug die Gültigkeitsdauer von Lizenzen 5 Jahre und konnte auf Antrag verlängert werden.

Das Gesetz ist am 6. Mai 2011 offiziell bekannt gegeben worden.

### **Neuer Refinanzierungssatz**

Mit Wirkung ab 3. Mai 2011 hat die Zentralbank der Russischen Föderation den Refinanzierungssatz von 8 % auf 8,25 % erhöht (vgl. Anweisung der russischen Zentralbank vom 29. April 2011 Nr. 2618-U „Über die Höhe des Refinanzierungssatzes der Bank Rossii“).

Die Erhöhung des Refinanzierungssatzes führt u. a. auch zu einer Änderung der Kappungsgrenzen für abzugsfähige Zinsaufwendungen (interest cap rules) bei

Gesellschafterdarlehen. Die Abzugsfähigkeit von Zinsen ist bei Gesellschafterdarlehen eingeschränkt, wenn sie sowohl an Steuerresidenten als auch Nichtresidenten gezahlt werden. Sie sind nunmehr gemäß Art. 269 Punkt 1.1 Steuergesetzbuch der Russischen Föderation bis zu folgender Höhe steuerlich abzugsfähig:

- 0,8-fache des Refinanzierungssatzes der russischen Zentralbank bei Fremdwährungsdarlehen
- 1,8-fache des Refinanzierungssatzes der russischen Zentralbank bei Darlehen in Rubel

Das heißt, unter Zugrundelegung des geltenden Refinanzierungssatzes beträgt der steuerlich abzugsfähige Zinsaufwand 6,6 % bei Fremdwährungsdarlehen und 14,85 % bei Darlehen in Rubel.

Nach dem Gesetzeswortlaut treten ab dem 1. Januar 2013 die früheren Regelungen des Steuergesetzbuches wieder in Kraft, wonach Zinsen auf Rubeldarlehen bis zu 1,1 des Refinanzierungszinssatzes der Zentralbank und Fremdwährungsdarlehen bis zu 15 % steuerlich abzugsfähig sind, sofern kein anderweitiger Gesetzesentwurf als Gesetz bis zum 1. Januar 2013 verabschiedet wird.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass Zinsen, die die gesetzlich bestimmte Zinsschranke übersteigen (s. o.) für den russischen Darlehensnehmer nicht steuerlich abzugsfähig sind.

Ihr Ansprechpartner in Deutschland:

Tanja Galander, Telefon: +49 30 2636-5483

Daniel Kast, Telefon: +49 30 2636-5252

Stanislav Rogojine, Telefon: +49 30 2636-5207

## Slowenien

### **Gesetz zur Vermeidung von Zahlungsrückständen und Änderungen zum Umsatzsteuergesetz**

Um eine Reduzierung umfassender Zahlungsausfälle für Lieferanten zu erzielen, wurde vor Kurzem ein neues Gesetz zur Vermeidung von Zahlungsrückständen eingeführt.

Das Gesetz legt fest, dass

- die Frist zur Begleichung von Verbindlichkeiten nicht länger als 60 Tage betragen soll oder 30 Tage für Körperschaften des öffentlichen Rechts (z. B. öffentliche Gelder, Träger öffentlicher Belange, öffentliche Einrichtungen). Längere Fristen können allerdings durch einen Sondervertrag vereinbart werden.
- ein slowenischer Umsatzsteuerpflichtiger noch nicht fällige Verbindlichkeiten zur mehrseitigen Abstimmung der Agentur der Republik Slowenien für öffentlich-rechtliche Datenerfassung und Leistungen (AJ PES) melden darf. Durch die mehrseitige Abstimmung werden die Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen Unternehmen, die das System benutzen, ausgeglichen.
- die Meldung einer slowenischer Umsatzsteuer unterliegenden juristischen Person, die ihre Verbindlichkeiten nicht pünktlich begleicht und bei der die Verbindlichkeit nicht durch eine Sicherheit geschützt ist (Wechsel ausgeschlossen), obligatorisch ist. Die mehrseitige Abstimmung wird dann monatlich durchgeführt.
- ein erneuertes Register für geforderte Wechsel eingeführt wurde. Das Register wurde mit dem Wechselgesetz eingeführt, jetzt erneuert und durch AJ PES gelenkt und zentralisiert, das heißt, es gibt sämtlichen Marktteilnehmern Informationen über Schuldner, die ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen.

Zur selben Zeit wurden Änderungen des Umsatzsteuergesetzes verabschiedet, welche bestimmen, dass

- falls ein Steuerpflichtiger seine Verbindlichkeit gegenüber einem Lieferanten nicht innerhalb der Frist begleicht, er verpflichtet wird, seine Umsatzsteuerschuld um den vorher abgezogenen Betrag im Verhältnis zur Lieferung, die noch nicht bezahlt

wurde, zu erhöhen. Die Umsatzsteuer kann erst wieder abgezogen werden, wenn die Verbindlichkeit beglichen ist. Die Korrektur der abgezogenen Umsatzsteuer ist nicht verpflichtend, wenn der Steuerpflichtige seine unbeglichenen Verbindlichkeiten zur mehrseitigen Abstimmung meldet.

- ein Steuerpflichtiger unter diesen Bestimmungen zur Benachrichtigung der Finanzbehörden bezüglich sämtlicher Korrekturen von Vorsteuer, falls er seine Umsatzsteuererklärung elektronisch einreicht, verpflichtet ist.

Das Ziel der verschärften Regelungen ist es, die Unternehmen zu pünktlichen Zahlungen zu veranlassen und somit die Liquidität der Gläubiger zu verbessern.

Das Gesetz zur Vermeidung von Zahlungsrückständen und Änderungen zur Umsatzsteuergesetzgebung wurde am 15. März 2011 im Amtsblatt veröffentlicht und trat am 16. März 2011 in Kraft.

Ihr Ansprechpartner vor Ort:  
Janos Kelemen, Telefon: +386 1 58 36-058

## Tschechien

### *Änderungen des Gesetzes über Doppelfunktionen*

Das Ministerium für Arbeit und Soziales hat eine Änderung des Gesetzes angekündigt, die das Problem der Gleichzeitigkeit eines Arbeitsverhältnisses und der Funktion als leitender Angestellter oder Mitglied des Vorstands löst.

Die Änderung soll das Problem der Doppelfunktion hinsichtlich der Sozialversicherung lösen. Nach dem Erläuterungsbericht über den Vorschlag ist das Ziel der Änderung die Beseitigung des ungleichen Status der vergüteten Personen durch eine Erweiterung der Gruppe von Personen mit Kranken- und Rentenversicherung. Die Änderung wird ab dem 1. Januar 2012 gelten.

### **Ist die vorgeschlagene Änderung wirklich eine Lösung?**

Ja, aber nicht bis zum 31. Dezember 2011. Aufgrund von Übergangsbestimmungen ist es immer noch teilweise unklar, ob eine Person, die Vorstandsmitglied und Arbeitnehmer ist, Mitglied der Kranken- und Rentenversicherung ist.

### **Krankenversicherung**

Die Änderung erweitert die Gruppe von Personen um Mitglieder und Corporate Agents von Kapitalgesellschaften, Mitglieder kollektiver Einrichtungen juristischer Personen (Aktiengesellschaften), Insolvenzverwalter, Prokuristen, Leiter der Abteilung Organisation juristischer Personen mit dauerhafter Ausübung in Tschechien und um Arbeitnehmer, die auf der Grundlage eines Arbeitsvertrags nach Arbeitsleistung arbeiten (falls ihr Einkommen 5.000 CZK – ca. 206,15 EUR – übersteigt). Eine Übergangsbestimmung besagt, dass, falls die oben genannten Personen ihre Tätigkeit bis zum 31. Dezember 2011 ausgeübt haben werden und sie danach weiter ausüben, die Krankenversicherung zum 1. Januar 2012 beginnt.

### **Rentenversicherung**

Die vorgeschlagene Änderung erweitert außerdem die Gruppe der versicherten Personen um Mitglieder kollektiver Einrichtungen juristischer Personen (Aktiengesellschaften), Insolvenzverwalter, Prokuristen, Leiter der Abteilung Organisation juristischer Personen mit dauerhafter Ausübung in Tschechien und Arbeitnehmer, die auf der Grundlage eines Arbeitsvertrags nach Arbeitsleistung arbeiten (falls ihr Einkommen 5.000 CZK – ca. 206,15 EUR – übersteigt). Auch diese Regelung wird ab dem 1. Januar 2012 gelten.

### **Andere Bereiche**

Die Änderung betrifft auch andere Bereiche wie zum Beispiel die Bedingungen für das Recht auf Krankengeld und dessen Berechnung oder die Bedingungen zum Beitritt von Arbeitnehmern zur Krankenversicherung. Des Weiteren wurde die Option des Ausstiegs aus der Krankenversicherung gestrichen.

### **Steuergebiet**

Obwohl das Finanzministerium die Absicht erklärt hatte, die steuerlichen Absetzbarkeit von Entschädigungszahlungen an Vorstandsmitglieder zuzulassen, ist ein solcher Vorschlag nicht in der Änderung enthalten.

Ihre Ansprechpartnerin vor Ort:

Lenka Mrázová, Telefon: +420 2 5115-2553

## **Ukraine**

### ***Geänderte Vorgehensweise der Behörden während einer Steuerprüfung – Sachbezüge***

Die Steuerbehörden finden weiterhin Möglichkeiten, neue Steuern und Strafen festzusetzen.

Seit Kurzem ist die Abzugsfähigkeit von Beratungskosten in Verbindung mit der Vorbereitung von Einkommensteuererklärungen von Angestellten und anderen Standortwechsel-unterstützenden Maßnahmen durch die ukrainischen Finanzbehörden nicht mehr gestattet.

Darüber hinaus werden solche Leistungen als zusätzlicher Vorteil für den Angestellten behandelt und unterliegen deshalb der Einkommensteuer. Als Folge daraus können die Steuerbehörden dem Unternehmen gegenüber zusätzliche Einkommensteuer veranschlagen und ihm eine Strafe in Höhe von 25 bis 75 Prozent auferlegen.

### **Vereinfachte Geschäftsgründung**

In einem Versuch, die Aufnahme unternehmerischer Tätigkeit zu erleichtern, hat das Parlament das Gesetz über Änderungen einer Reihe von Rechtsakten angenommen. Es wird unmittelbar nach der Unterzeichnung seitens des Präsidenten in Kraft treten.

Von den darin enthaltenen Änderungen werden sich die folgenden auf den Gründungsprozess von Kapitalgesellschaften auswirken:

- Die Bestimmung des Mindeststammkapitals einer Kapitalgesellschaft wurde ausgeschlossen (d. h. kein Minimum zugrunde gelegt).
- Die Bestätigung über das Einbringen der Stammeinlage in das Stammkapital einer Kapitalgesellschaft vor deren staatlicher Anmeldung muss dem Staatsregister nicht mehr vorgelegt werden.
- Einige Dokumente, die für die staatliche Registrierung von Änderungen in den Gründungsdokumenten einer Kapitalgesellschaft benötigt werden, können notariell beglaubigt oder als einfache Kopie eingereicht werden.

Es wird erwartet, dass das Gesetz nach seiner Unterzeichnung und Durchsetzung positiven Einfluss auf Investitionsklima in der Ukraine haben wird.

Ihr Ansprechpartner vor Ort:

Dr. Marc-Tell Madl, Telefon: +380 44 4906-777

## Ungarn

### **Körperschaftsteuererklärung zum Jahresende – Quellensteuer**

Gemäß dem Gesetz Nr. LXXXI von 1996 über die Körperschaftsteuer und Dividendensteuer sowie dem Gesetz Nr. XCII von 2003 über die Ordnung der Steuerzahlung entstand ab dem 1. Januar 2010 eine Steuerpflicht, wenn Zinsen, Tantiemen oder bestimmte Dienstleistungsgebühren (Gebühren für die Dienstleistungen der Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben, Unternehmensberatungsleistungen, Werbeleistungen, Markt- und Meinungsforschungsleistungen sowie die Maklerdienste unter den sonstigen, anderweitig nicht genannten freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen) von einer Auszahlungsstelle an eine ausländische Organisation gezahlt wurden. In diesem Fall hatte die Auszahlungsstelle Quellensteuer in Höhe von 30 Prozent von dem zu zahlenden Betrag abzuziehen. Die Auszahlungsstelle war ferner auch zur Erklärung und Abführung der Quellensteuer verpflichtet. Obwohl diese Regelung ab 2011 entfällt, sind nachfolgende Regeln bei der Erstellung der Körperschaftsteuererklärung für 2010 auf jeden Fall noch zu beachten. Die Auszahlungsstelle wird von den oben genannten Pflichten nur in dem Fall befreit (d. h. die Quellensteuer in Höhe von 30 Prozent ist bzw. war nur in dem Fall nicht abzuziehen, zu erklären und abzuführen), wenn zwischen Ungarn und dem Land, in welchem die ausländische Organisation ansässig ist, an die die Auszahlung erfolgt, ein Abkommen über die Vermeidung der Doppelbesteuerung gültig war und die Auszahlungsstelle die erforderlichen Dokumente als Beweis für diesen Tatbestand rechtzeitig eingeholt hat. Da die Pflichten der Auszahlungsstelle zum Abzug, zur Abführung und zur Erklärung der Steuer auch in dem Fall von dem rechtzeitigen Vorliegen der Dokumente abhängig sind, in dem die Auszahlung an den Steuerzahler eines Abkommenslandes erfolgt, ist es empfehlenswert, folgende Regeln zu beachten:

- Die Auszahlungsstelle hat vor der ersten Auszahlung über einen von der ausländischen Steuerbehörde ausgestellten Ansässigkeitsnachweis oder über die schriftliche Aussage der ausländischen Organisation bezüglich deren steuerlicher Ansässigkeit zu verfügen, um eine Befreiung von der Steuerabzugspflicht zu erhalten. Wenn die Auszahlungsstelle bis zum Zeitpunkt der Auszahlung nur über die schriftliche Aussage der ausländischen Organisation verfügt, ist der von der ausländischen Steuerbehörde ausgestellte Ansässigkeitsnachweis bis zum Einreichen der Körperschaftsteuererklärung der Auszahlungsstelle nachträglich einzuholen. Andernfalls hat die Auszahlungsstelle die Steuer in Höhe von 30 Prozent als Verbindlichkeit für den letzten Monat des Steuerjahres zu erklären und abzuführen.
- Wenn die Auszahlungsstelle vor der ersten Auszahlung über keines der oben genannten Dokumente verfügte, waren 30 Prozent der Auszahlung abzuziehen und bis zum 12. Tag des auf den Zeitpunkt des Abzugs folgenden Monats abzuführen. Der Auszahler haftet unbeschränkt für die nicht oder mit einem falschen Steuersatz abgezogene oder nicht erklärte Steuer. Auszahlungsstellen, die zum Einreichen einer Körperschaftsteuererklärung verpflichtet sind, können einem Verzugszuschlag unterliegen, wenn sie mangels einer Aussage (und eines Ansässigkeitsnachweises) die Steuer in der Höhe von 30 Prozent hätten abziehen müssen und dies versäumt haben. Diese Auszahler haben jedoch beim Vorliegen eines Ansässigkeitsnachweises keine Verbindlichkeit der Quellensteuer in der Körperschaftsteuererklärung zu erklären.
- Wenn die Auszahlungsstelle den Ansässigkeitsnachweis der ausländischen Organisation erst nach Einreichen der Erklärung einholen kann, hat die Auszahlungsstelle die Quellensteuer zu erklären und abzuführen; diese kann aber später innerhalb der Verjährungsfrist durch eine Selbstrevision berichtigt werden.
- Wenn der Ansässigkeitsnachweis bis zum Einreichen der Körperschaftsteuererklärung nicht zur Verfügung steht und wenn die Auszahlungsstelle keine Erklärung über die von der ausländischen Organisation abgezogene Quellensteuer einreicht, kann die Steuerbehörde bei einer eventuellen Prüfung einen Steuerfehlbetrag und damit eine Steuerstrafe und einen Verzugszuschlag feststellen sowie ein Versäumnisbußgeld verhängen. Es ist also wichtig, während der Erledigung der Aufgaben in Zusammenhang mit dem Einreichen der Körperschaftsteuererklärung bis zu deren Einreichung (auch) den Ansässigkeitsnachweis der betroffenen Geschäftspartner einzuholen und

diesen – samt vor dem Zeitpunkt der Auszahlung eingeholter Aussage – innerhalb der Verjährungsfrist aufzubewahren.

Ihre Ansprechpartnerin vor Ort:  
Gabriella Erdös, Telefon: +36 1 461-9130

---

## Englische Übersetzung

### Lithuania

#### *Regarding Certificate of Income Received and Taxes Paid in the Republic of Lithuania (Form FRO023 (DAS-03))*

On March 30th 2011 by letter no. (32.19-PM)-RM-291 the tax authorities explained that in order to avoid double taxation the tax authorities may issue the Certificate of Income Received and Taxes Paid in the Republic of Lithuania – Form FRO023 (DAS-03) to the residents of foreign countries.

The explanation describes a situation where a company in Lithuania rebroadcasts TV shows created by the resident of Russia and pays royalties to the agent of a Russian company in Estonia.

In order to avoid double taxation, the resident of Russia may apply to the tax authorities for Form FRO023 (DAS-3) where it should be established that the resident of Russia is a recipient of royalties paid to the agent in Estonia.

### Poland

#### **1. Mandatory reverse-charge mechanism for non-resident companies**

##### *Supply of goods*

The obligatory reverse-charge mechanism will apply to a domestic supply of goods performed by a taxpayer not having a seat or fixed place of business in Poland to a purchaser who is a taxpayer and has a seat or fixed place of business in Poland, or is a legal entity (and is not taxpayer) and has a seat in Poland.

##### *Supply of services*

Under the new value-added tax (VAT) regime, when services are supplied by a taxpayer not having a seat or fixed place of business in Poland and the place of taxation is Poland, the purchaser will have to apply reverse charge mechanism even when he does not have a seat or fixed place of business in Poland.

The above-mentioned scheme will not apply only in the case of services connected with immovable properties performed by the taxpayer registered for the VAT purposes in Poland. If this is the case, the seller will be obliged to account for Polish VAT on an invoice documenting performance of the above-mentioned services.

#### **2. Free-of-charge disposal/private use of goods**

A free-of-charge disposal/private use of goods belonging to the taxpayer's business will, as a rule, constitute a VAT-able supply in Poland, if input VAT incurred on the acquisition of these goods was wholly or partly deductible. However, the above rule will not relate to the disposal of printed advertising materials, samples and gifts of small value – such disposal of goods will still not be treated as a taxable supply of goods.

As for now, such disposal/use of goods does not generally constitute a VAT-able supply of goods, if the supply is made for the purposes of the taxpayer's business.

### **3. Free-of-charge supply of services**

A free-of-charge supply of services will be treated as supply of services for consideration (thus taxable) in the following cases:

- when the goods forming part of the assets of a taxpayer's business are used for the purposes other than those of the taxpayer's business (including for the private use of, eg, this taxpayer, his staff, his shareholders), if input VAT incurred on such goods was wholly or partly deductible;
- when taxpayer renders services free of charge for the private use of, ie, himself, his staff, his shareholders, as well as all other free-of-charge supplies of services for purposes other than the purposes of the taxpayer's business.

### **4. Import of goods – no financial guarantee required**

Polish VAT regulations provide for a simplification for import of goods, which means that the importer does not have to pay import VAT (he has to account for VAT and deduct VAT in the same VAT return). However, one of the conditions is to provide the customs authorities a financial guarantee that amounts to import VAT value, which in theory should be paid. Under the new VAT regulations the financial guarantee will not be required.

### **5. Limiting the right to deduct the input VAT**

VAT deduction will be disallowed based on the invoice that includes input VAT, and in fact the tax should not be shown on the invoice (eg, in the case of services subject to reverse charge mechanism in other EU member states than Poland).

### **6. New rules on pro-rata deduction**

Based on new regulations, if the pro-rata:

- exceeds 98% and the amount of input tax which cannot be deducted is less than 500 PLN – the taxpayer will be allowed to assume that the pro-rata is 100%;
- does not exceed 2% – the taxpayer will be allowed to assume that the pro-rata is 0%.

Please note that the current VAT regulations preclude deduction if pro-rata amounts to less than 2%. The above amendment means that possibly larger group of taxpayers will be obliged to calculate pro-rata.

## **Romania**

### ***New Labour Code to come into force in May***

Amendments to the Labour Code were published on March 31st 2011. The most important changes include:

#### **1. Conclusion and execution of individual labour agreements**

- Written form is mandatory for the valid conclusion of an individual labour agreement.
- The employer is obliged to give the employee the individual labour agreement before they start working.

#### **2. Evaluation of employee performances**

- Employer has the right to insert in the individual labour agreements individual performance objectives and evaluation criteria regarding fulfilment of such objectives.
- Criteria and process of professional evaluation of employees are to be inserted in the internal regulations of the employer and shall be the main criteria of shootout in case of redundancies due to economic conditions.

### 3. Liabilities

- Consideration for damages caused by employees may be retained by the employer from the wage with the consent of the employee but may not exceed the limit of five national minimum gross monthly salaries.
- People caught working without individual labour agreement will be fined.
- Having more than five workers without individual labour agreements and repeatedly establishing wages under the level of the national minimum guaranteed wage in the country both represent criminal offences.

The new provisions came into force on May 1st 2011.

#### *Norms for verifying the tax status of individual taxpayers*

Norms related to the application of indirect tax assessments for individuals suspected of not reporting all of their taxable income have been published in the Official Gazette.

As previously detailed in our Tax and Legal Alert no. 3 issued on January 13th 2011, amendments to the tax code allow the tax authorities to adjust the taxable income of individuals if, following a tax inspection, a significant discrepancy of at least 10% but no less than 50,000 RON has been established between the income declared by the taxpayers and their real financial position. Now the related norms have been published to provide further details, some of which are outlined below.

- In order to establish the real tax status of individuals, the tax authorities can establish whether there are unreported incomes using the following indirect assessment methods:
  - Source and expenditure method: comparison of the revenue with the declared expenditure during the inspected period
  - Cash flow method: analysis of movements of funds (bank accounts or cash) and their link with sources of income and how they are used.
  - Patrimony method: establishing adjusted taxable base by means of analysing the growth/decrease of the individual's net assets.
- Tax authorities may use indirect assessment methods individually or combined, which will be selected depending on the findings, sources of information and documents obtained.
- The inspected period can include any periods for which the statute of limitation of inspection right has not yet expired.
- Inspection of individuals will be done in two stages:
  - Prior documentary tax inspection: without notifying individuals;
  - Tax inspection: with the participation/cooperation of the verified individuals.
- Prior to the first stage, the tax authorities will conduct a risk analysis to identify a group of individuals or specific cases where there is a higher risk of failure report income.
- Norms regarding conduct of risk analysis will be published within 15 days of the entry into force of the government decision.
- The duration of the tax inspection is determined by the tax authorities and cannot last more than three months.
- If the tax authorities find indications of criminal activity during the inspection, they may refer to the criminal investigation units, as provided by the criminal law.
- The tax authorities may decide to re-examine a period if additional data, unknown at the time of the inspection, is revealed.
- The Government Decision also states that within 30 days of publication of the decision, the following documents will be approved:
  - Charter of rights and obligations of individuals subject to tax inspection
  - Templates for forms used in the tax inspection and for the prior documentary tax inspection report

## Russia

### *The Russian Duma adopted a new law “On licensing of individual types of activities”*

The Russian State Duma adopted the new law N99-FZ “On licensing of individual types of activities”. The new licensing law abolishes altogether 17 types of activities from the list of business activities subject to licensing requirements. For only 49 types of activities a so-called state license (a permit to conduct business) is necessary. The abolished licensing obligations particularly affect the following fields of activity:

- Use of nuclear power
- Making and sale of ethanol, alcoholic and spirituous beverages
- Activities of banks and investment and pension funds
- Professional activities at the securities market and stock exchange
- Clearing
- Insurance industry

The activity in the above mentioned areas will, by means of other regulation methods such as accreditation, certification of professionals, control and monitoring regarding the observance of technical guidelines, be regulated by special laws. Furthermore, an unlimited validity period of the licenses will be introduced by now. According to previous regulations, the validity period of licenses was 5 years and could be extended upon application.

On 6 May 2011, the law had been officially announced.

### *New refinancing rate*

As from 3 May 2011 the Bank of Russia raised the refinancing rate from 8% to 8.25% (compare Order No. 2618-U “On the refinancing rate’s level of the Rossii bank” of the Bank of Russia from 29 April 2011).

The raise of the refinancing rate also leads, among other things, to change of the interest cap rules for shareholder loans. The deduction of interests for shareholder loans is restricted, if they are paid to tax residents as well as to non-residents. As of now, they are, according to Russian Tax Code Art. 269 1.1, tax-deductible to the amount of:

- 0.8 x the refinancing rate of the Bank of Russia for foreign currency loans;
  - 1.8 x the refinancing rate of the Bank of Russia for loans in RUB,
- i. e. taking the current refinancing rate as a basis, the tax-deductible interest expenses are 6.6 % in case of foreign currency loans and 14.85 % in case of loans in RUB.

The previous rules of the Russian Tax Code will take effect again starting 1 January 2013 whereupon interests for loans in RUB will be 1.1 of the refinancing rate of the Bank of Russia and foreign currency loans will be tax-deductible up to 15 %, provided no other draft law will be passed until 1 January 2013.

Summing up interests exceeding the statutory interest barrier (see above) are not tax-deductible for the Russian loanee.

## Slovenia

### *Act on prevention of late payments and amendments to VAT Act*

In order to try to reduce widespread defaults on payments to suppliers, a new Act on prevention of late payments has recently been introduced.

The Act states that:

- the deadline for settlement of liabilities should not be longer than 60 days, or 30 days for public bodies (eg, public funds, public agencies, public institutes). Longer deadlines may however be agreed on the basis of a special agreement;

- a Slovene VAT payer may report undue liabilities to AJPES for multilateral reconciliation. Under multilateral reconciliation payables and receivables between companies using the system will be offset;
- if an entity subject to Slovene VAT does not settle its liabilities on time and the liability is not secured by a guarantee (bill of exchange excluded), the reporting is mandatory. The multilateral reconciliation will then be done on a monthly basis;
- a renewed register of challenged bills of exchange was introduced. This register was introduced with the Bill of Exchange Act, but is now renewed and is directed and centralised by AJPES, giving information to all market participants about which debtors are not fulfilling their payment obligations.

Simultaneously, amendments to VAT Act were adopted, which define that:

- if a taxable person does not pay a liability towards a supplier within the deadline, it will be obliged to increase its VAT liability by the amount previously deducted in relation to the supply that has not been paid for. The VAT can then be deducted again after the liability is settled. The correction of deducted VAT is not obligatory if a taxable person reports the unsettled liabilities for multilateral reconciliation;
- a taxable person is obliged to notify the tax authorities about all corrections of input VAT under these provisions when it submits its VAT returns electronically.

The aim of the tighter regulations is to encourage companies to make prompt payments and thus to improve the liquidity of creditors.

The Act on prevention of late payments and the amendments to the VAT legislation were published in the Official Gazette on March 15th 2011 and came into force on March 16th 2011.

## Czech Republic

### ***Amendment to the law on concurrence of functions***

The Ministry of Labour and Social Affairs have announced an amendment to the law that will solve the problem of concurrence of an employment relationship and the function of an executive or a member of a board of directors.

The Ministry of Labour and Social Affairs have announced an amendment to the law that is intended to solve the problem of concurrence of an employment relationship and the function of an executive or a member of a board of directors in terms of social security insurance. According to the explanatory report on the proposal, the aim of the amendment is to remove the uneven status of the remunerated persons by expanding the group of people with sickness and pension insurance. The amendment will be effective from January 1st 2012.

### **Is the proposed amendment really a solution?**

Yes, but not until December 31st 2011. Due to transitional provisions, there will still be an element of uncertainty whether a person who is both a member of a board of directors and an employee was participating in the sickness and pension insurance.

### **Sickness insurance**

The amendment expands the group of individuals with sickness insurance to include members and corporate agents of a limited liability company, members of collective bodies of legal entities (public limited companies, stock companies), liquidators and procurators, the directors of organisational units of legal entities with a permanent performance of work in the Czech Republic, and employees working on the basis of an agreement of work performance (if their income exceeds 5,000 CZK). A transitional provision states that if the aforementioned individuals performed their activities until December 31st 2011 and will keep on performing them even after this period, the beginning of the sickness insurance starts on January 1st 2012.

### **Pension insurance**

The proposed amendment also expands the group of individuals with pension insurance to include members of collective bodies of legal entities (public limited companies, stock companies), liquidators and procurators, the directors of organisational units of legal entities with a permanent performance of work in the Czech Republic, and employees working on the basis of an agreement of work performance (if their income exceeds 5,000 CZK). Again, this is effective from December 31st 2012.

### **Other areas**

The amendment also deals with other areas, such as the changes in the conditions of the right to sickness benefits and their calculation, or the changes in the conditions of employees' participation in sickness insurance. Further, the option to discontinue the participation in sickness insurance is annulled.

### **Tax area**

Although the Ministry of Finance declared its intention to allow the tax deductibility of remuneration paid to members of boards of directors, such proposal is not included in this amendment.

## **Ukraine**

### ***Change in authorities approach during tax audits – benefits in kind***

The tax authorities continue to find new ways of assessing additional taxes and penalties.

It has recently come to our attention that the Ukrainian tax authorities have started to disallow deductibility of consulting fees connected to the preparation of employees' personal income tax returns and other relocation support matters.

Moreover, such services are being treated as an additional benefit to the employee and therefore subject to personal income tax (PIT). As a result, the tax authorities may assess additional PIT due by the company and impose a penalty at a rate of 25%–75%.

### ***Setting up business to become simpler***

In an attempt to simplify the procedure for setting up entrepreneurial activity, Parliament has adopted the Law on changes to a number of legislative acts ("the Law"). The Law will come into effect after being signed by the president.

Among the changes introduced by the Law, the following will impact the incorporation procedure of LLCs:

- The provision regarding the minimum charter capital of an LLC has been excluded (eg, no minimum applied).
- The document confirming the initial contribution to an LLC's charter capital before its state registration is no longer required to be submitted to the state registrar.
- Some documents required for the state registration of changes introduced into the LLC's founding documents can be submitted in both notarised and simple copies.

If the Law is signed and enforced, it is expected to have a positive impact on the investment climate in Ukraine.

## **Hungary**

### ***Year-end corporate income tax return – withholding tax***

Until December 31st 2010, under Act LXXXI of 1996 on Corporate Tax and Dividend Tax and Act XCII of 2003 on the Rules of Taxation, taxpayers in Hungary ("payers") were required to deduct 30% withholding tax on the dividends, royalties and service fees they paid to foreign companies. (Service fees include fees for services of head offices,

management consulting services, advertising, market research and public opinion polling services, and business brokerage services related to other professional, scientific and technical services not elsewhere classified.) In addition, payers also had to declare and pay the withholding tax. The above rule was abolished as of January 1st 2011. However, when submitting your corporate income tax returns for 2010, you should keep in mind that payers will only be exempted from the obligation to deduct, declare and pay the 30% withholding tax if, at the time of payment, Hungary had a double tax treaty in force with the country in which the foreign company (the recipient of the payment) is resident, and the payer obtained the required supporting documents by the specified deadline. The obligation to deduct, pay and declare the withholding tax depends on whether the payer can provide the required documents in due time (this also applies to foreign companies located in countries that have a double tax treaty in place with Hungary). We therefore advise you to pay attention to the following points:

- By the time of the first payment, the payer should have obtained an official tax residence certificate issued by the competent tax authority of the country where the foreign company is resident, or the foreign company's own declaration of its tax residence, in order to be exempt from the obligation to deduct withholding tax. Payers who only have the foreign company's declaration will also have to obtain the official tax residence certificate before their corporate income tax returns are due. Otherwise they will have to declare and pay the 30% withholding tax as a liability incurred in the last month of the tax year.
- Under the 2010 rules, payers who had not obtained either of the above documents by the time the first payment was made had to deduct the 30% withholding tax and pay it by the 12th of the following month. Payers are fully liable for taxes deducted erroneously and for taxes not deducted or declared. Therefore, payers who are required to file corporate income tax returns may have to pay late-payment interest if they did not have at least the foreign company's declaration and did not deduct the 30% withholding tax, even if they obtain the official tax residence certificate by the time their corporate income tax returns are due.
- Payers who are unable to obtain the official tax residence certificate before submitting their corporate income tax returns will be required to declare and pay the withholding tax. However, once they have obtained the required tax residence certificate, they will be able to correct this amount in their corporate income tax returns by self-revision (before the statute of limitations period expires).
- If the payer does not have the official tax residence certificate before the corporate income tax returns are due and does not declare the withholding tax deducted from the foreign company, the tax authority may establish a tax shortfall and impose a tax penalty plus late-payment interest during a tax audit, and may also levy a default fine. It is therefore important that you obtain the official tax residence certificates (in addition to the declarations) of the foreign companies to which you made payments, before submitting the year-end corporate income tax returns. Be sure to keep copies of these documents for your records until the period of limitations for corporate income tax returns ends.

---

## ***Ihre Ansprechpartner***

***Monika Diekert***

Tel.: +49 30 2636-5225  
[diekert.monika@de.pwc.com](mailto:diekert.monika@de.pwc.com)

***Daniel Kast***

Tel.: +49 30 2636-5252  
[daniel.kast@de.pwc.com](mailto:daniel.kast@de.pwc.com)

***Tanja Galander***

Tel.: +49 30 2636-5483  
[tanja.galander@de.pwc.com](mailto:tanja.galander@de.pwc.com)

***Stanislav Rogojine***

Tel.: +49 30 2636-5207  
[stanislav.rogojine@de.pwc.com](mailto:stanislav.rogojine@de.pwc.com)

---

## ***Bestellung und Abbestellung***

Wenn Sie den PDF-Newsletter *Osteuropa kompakt* bestellen oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile „Bestellung“ bzw. „Abbestellung“ an folgende Adresse: [cornelia.herwig@de.pwc.com](mailto:cornelia.herwig@de.pwc.com)

Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© Mai 2011 PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.  
„PwC“ bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die eine Mitgliedsgesellschaft der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) ist. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.